

Vergeßt die Gastfreundschaft nicht, denn durch sie haben einige, ohne es zu wissen, Engel beherbergt.

Hebr 13, 2

Fremdenhaß in Deutschland?

Anschläge auf Asylantensiedlungen, Brandsätze in Flüchtlingswohnungen, schwerverletzte libanesische Kinder und von Hooligans malträtierte junge Tamilen, Übergriffe vereinzelt auch auf Aussiedler, Rotten von Skinheads, die sich ihrer Gewalttätigkeiten rühmen, Bürger im Osten, die applaudierend zusehen, und Bürger im Westen, die gleichgültig wegsehen, und eine politische Klasse, die zwar starke Worte gebraucht, aber in den entscheidenden Situationen abtaucht, *ist das die neue Befindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland?* Ausländer als Freiwillig in einem Land, das sich sonst seiner Weltoffenheit oder wenigstens seiner Exportstärke rühmt und das unter zögerlichem, aber beinahe selbstverleugnerischem Beistand aller seiner Nachbarn in Ost und West seine politische Einheit eben erst wiedererlangt hat?

Sollten Ausländer nicht sein?

Die Ausschreitungen in Hoyerswerda und die vielen Trittbretaktion gewaltbereiter Jugendlicher in den Wochen danach im Osten und sehr viel zahlreicher, wenn auch weniger spektakulär in den westlichen Bundesländern haben viele aufgeschreckt. *Im Ausland wurde scharf reagiert.* Zeigen erst die Gewaltaktionen gegen Ausländer und die damit unglücklich vermengte Asyldebatte, wie Deutschland wirklich ist? Provinziell, voller Vorurteile, von schmalspuriger Gesinnung, letztlich „völkisch“ und nicht weltbürgerlich denkend, ständig von Europa und der zusammenwachsenden Welt redend, aber nicht einmal imstande, mit seinen ausländischen Minderheiten friedlich zusammenzuleben?

Wer nach Anhaltspunkten dafür Ausschau hält, wird sie finden, ohne lange suchen zu müssen. Er wird sie selbst dort entdecken, wo er sie am wenigsten vermutet. Zurück sollten sie in ihre Heimatländer, jedenfalls diejenigen, die aus „fremden“ Kulturen kommen, meinte jüngst ein betagter Historiker, der schon wegen des weltbürgerlichen Zuschnitts seiner Persönlichkeit in keiner Weise in Verdacht steht, ein engstirniger Nationalist oder gar ein

Ausländerhasser zu sein. Aber *wo hört das Vertraute, Verwandtschaftliche, noch Integrierbare auf, und wo fängt das Fremde an?* Die Griechen als Bewohner eines EG-Mitgliedslandes und als Erben des Ursprungs abendländischer Kultur gehören offenbar noch zu den kulturell „Einheimischen“, die Türken trotz des mediterranen Kulturkreises als asiatische Anrainer und wegen ihres unterschiedlich ausgeprägten islamischen Brauchtums aber nicht mehr?

Oder was ist davon zu halten, daß der innenpolitische Chefkommentator der FAZ Ausländern schlicht den Status von Mitbürgern abspricht? Gäste seien sie, nicht Mitbürger, von zeitlich zu begrenzendem Aufenthalt, zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer bestimmt. Wenn ein akribisch geschulter Jurist in der journalistischen Zunft so ergreifend schlicht den Bürger als Gesellschaftssubjekt dem Staatsbürger gleichsetzt bzw. letzteren mit ersterem verwechselt, so entsteht wohl nicht ganz zu Unrecht der Verdacht, die semantische Vergewaltigung von Begriffen diene hier der Aufrechterhaltung ethnozentrischen Denkens, wenn nicht gar Fremdenfeindlichkeit rechtfertigender nationaler Überheblichkeit.

Erst recht problematisch wird der verbale Eifer bestimmter Politiker, die meinen, mit den Wölfen heulen zu müssen, um nationalistischen und rechtsradikalen Gruppierungen Wählerstimmen abjagen zu können. Noch ist das Wort von der „durchmischten und durchraßten Gesellschaft“ in lebhafter Erinnerung, und trotzdem meinte man jetzt in Bayern höchsten Orts noch eines draufsatteln zu sollen. Das Wort von der „multikriminellen Gesellschaft“ wird wohl nicht unterstellen wollen, Monokulturen seien kriminalitätsfrei und in deutschen Gefängnissen säßen neben einigen deutschen Terroristen hauptsächlich Ausländer. Wer die „Internationalisierung des organisierten Verbrechens“ auf solche Weise mit dem bunten Ausländerleben in der eigenen Republik vermischt, liefert nationalistischen Spießern das ihnen willkommenes Vokabular frei Haus.

Nicht ausländerfreundlicher klingt es, wenn in östlichen

Bundesländern im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylanten selbst Oberkirchenräte von „Zumutungen“ sprechen. Bei allem Verständnis für den Umstellungsdruck, dem Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gegenwärtig ausgesetzt sind: *wer Landesfremde von vornherein als Belastung hinstellt, klärt nicht auf, sondern hilft bei der Tradierung von Vorurteilen.* Die applaudierenden Bürger fühlen sich bestärkt, die schweigenden bestätigt. So gesehen, müßte noch mehr als vor der offenen, vor der kaschierten Fremdenfeindlichkeit gewarnt werden.

Dennoch gilt es einiges auseinanderzuhalten, damit die Details zusammenstimmen. Zunächst einmal: *Fremdenfeindlichkeit ist keine deutsche Spezialität.* Wenn jetzt Italiener Deutschen Rassismus vorwerfen und Franzosen, Niederländer oder Briten sich gelegentlich mehr über rechtsradikale Randerscheinungen in Deutschland als über fremdenfeindliche Aktionen und Positionen im eigenen Lande Gedanken machen, dann messen sie Vorgänge in Deutschland und bei sich selbst mit recht unterschiedlicher Elle.

Es spricht einiges sogar dafür, daß Deutsche zwar immer noch ethnozentrischer denken und sich verhalten als Franzosen und Briten, daß Deutschland in der Breite der Bevölkerung aber eher weniger anfällig für rassistisches Gedankengut ist als viele Ost- und auch manche Westeuropäer. Auch scheint weniger Fremdenfeindlichkeit als solche oder gar Fremdenhaß das Problem zu sein als vielmehr eine tief eingewurzelte Angst vor Überwältigung der eigenen Kultur, der Verfremdung deutscher Lebensart – bei aller Aufgeschlossenheit für das Fremdländische und, damit gepaart, *einem erstaunlich geringen Vertrauen in die Integrationskraft der eigenen Daseinsform.* Eine vergleichbare Ängstlichkeit vor Überfremdung war in den letzten Jahren höchstens in Österreich und in der deutschsprachigen Schweiz zu beobachten, in letzterer aber angesichts des viel höheren Ausländeranteils mit noch einigermaßen nachvollziehbarer Begründung und ohne die Anreicherung durch das Paradox, Fremde seien zu fürchten, aber die Deutschen stürben aus.

Diese gleichsam doppelt geeichte Untergangsstimmung ganz an den Realitäten vorbei kann nur Ausdruck deutscher Selbstzweifel an der eigenen Integrationsfähigkeit sein. Rund 5 Millionen Ausländer unter einem 79-Millionen-Volk sind keine Gefahr für die eigene Lebensart, selbst unter der Voraussetzung nicht, daß diese unbedingt als erhaltenswert zu gelten hat und wir es nicht der Geschichte überlassen dürfen, wie sich Kulturen mischen und verwandeln.

Es muß schon einen sehr schwachen Glauben an die Lebenskraft der eigenen Daseinsform haben, wer von knapp 4 Prozent Ausländern in der Bevölkerung bereits den Untergang des Vaterlandes befürchtet. Kleinmütig ist der deutsche Ethnozentrismus, ganz im Gegensatz zum „republikanischen“ Nationalbewußtsein der Franzosen. Dieser Kleinmut findet selbst noch als „positive“ Kehrseite seinen unverfälscht deutschen Ausdruck: in der seit

Jahren auf vielen Kongressen und Tagungen über und für Ausländer feststellbaren Betulichkeit bei den Integrationsbemühungen: *Man integriert und integriert, damit Ausländer, besonders die aus „ferneren“ Kulturen, sich nicht auf ihre eigene Weise integrieren.*

Dies entschuldigt nichts in Deutschland. Im Gegenteil! In mancher Beziehung hat es Deutschland leichter als zumindest seine westeuropäischen Nachbarn. Wenn rassistische Strömungen in Deutschland weniger aufkommen als anderswo, dann sicher auch deswegen, weil Deutschland weniger koloniale Erblasten aufzuarbeiten hat. Wenn andererseits selbst in Deutschland trotz der nationalsozialistischen Vergangenheit bereits wieder gegen Ausländer Gewalt angewandt wird und ihre soziale Ächtung solche Gewaltanwendung nicht von vornherein verhindern kann, dann zeigt dies erst recht, wie tief Vorbehalte gegen Ausländer verwurzelt sein müssen.

Die Zunahme von Gewaltbereitschaft betrifft nicht nur die Ausländer

Doch gilt es gerade deshalb zwei Komplexe auseinanderzuhalten, sosehr sie sich überschneiden: Es läßt sich lange darüber streiten, ob Überfälle auf Asylanten nach einem Fußballspiel nur eine bestimmte Form gewalttätiger Entladung hochgeputzter Stimmungen sind und Asylanten je nach Situation nur das zufällige Opfer eines solchen Ausbruchs wurden oder ob gezielt Asylanten angegriffen wurden. Sicher ist aber: *Es gibt eine Gewaltbereitschaft, für die deren Objekte mehr oder weniger auswechselbar sind;* einmal trifft es Sachen, ein andermal Personen; heute Ausländer, morgen wieder andere. Es gibt in freien Gesellschaften auch eine Randalie um der Randalie willen. Es gibt ideologische Motivationen, darunter auch politisch rechtsradikal eingefärbte. Aber oft wirken auch diese nur aufgesetzt. *Das primäre Problem ist also nicht die Fremdenfeindlichkeit, sondern die zunehmende Gewaltbereitschaft.* Dies dürfte trotz der in Fremdenfeindlichkeit umschlagenden Folgen der jahrzehntelangen Isolierung der Bevölkerung gerade für die gegenwärtige Umbruchsituation in Ostdeutschland gelten.

Totalitäre Herrschaft wirkt über ihr Ende hinaus. Sie hinterläßt ein Autoritätsvakuum; in dieses hinein entläßt sich Gewalt. Sie sucht sich ihre Ziele dort, wo sie sie bei geringstem Widerstand findet; am ehesten dort, wo sie mit öffentlicher Tolerierung rechnen kann, wo der psychologische Widerstand in der Bevölkerung am geringsten ist. So tobt sie sich gegen Minderheiten aus, die von der Gesamtbevölkerung ohnehin schlecht gelitten sind. Insofern ist die Tolerierung fremdenfeindlicher Aktionen durch randalierende oder ideologisch leicht verführbare jugendliche „Überfallkommandos“ moralisch und politisch das größere Problem, als es die Aktionen selbst sind. Deswegen ist jedes politische Nachgeben solchen Haltungen gegenüber politisch besonders falsch. Zugleich muß mit der Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung die Gewaltbereitschaft derer angegangen werden, die die

Ausländer zur Zielscheibe ihrer Gewaltakte machen. *Nicht um die Überfälle auf Ausländer allein geht es, sondern um die Zunahme von Gewaltbereitschaft überhaupt.* Auseinanderzuhalten und zugleich im Zusammenhang zu sehen sind auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das Asylrecht und die Ausbrüche von Fremdenfeindlichkeit. Der Zusammenhang aus der Sicht der Bevölkerungskreise, die Ausländern insgesamt ablehnend begegnen, ist klar: Die Zahl der Asylbewerber nimmt zu; damit jener Ausländeranteil, der aus ihrer Sicht am meisten im Verdacht steht, unrechtmäßig hier und überdies besonders integrationsschwierig zu sein. Gegen sie richtet sich die Ablehnung zuerst. Je mehr deshalb das Asylantenproblem drückt, um so mehr wendet sich das Unbehagen gegen „die Ausländer“ insgesamt. Sozialneid, speziell bei der älteren Generation, tut ein übriges. Daß die Ausländer den Wohlstand der Einheimischen wesentlich miterarbeiten, wird so gar nicht mehr bewußt. Ein solches, sonst auch dem einfachsten Verstande zugängliches Argument dringt durch die festgezimmerten Vorurteile nicht mehr durch. *Politiker, die hierzu sprachlich und argumentativ nicht Distanz halten oder gar in suggestiver Form Defizite oder Fehlentwicklungen in der Gesellschaft Asylbewerbern anlasten, tragen selbst zur Verstärkung von Fremdenfeindlichkeit bei.*

Auseinandergelassen werden müssen Asylantenfrage und Fremdenfeindlichkeit aber auch andersherum. Wer für eine Verschärfung des Asylrechts mit oder ohne Grundgesetzänderung ist, darf nicht schon allein deswegen als ein Fremdenfeind verdächtigt werden. So falsch das Argument ist, es gelte den Zuzug von Flüchtlingen und von Ausländern zu begrenzen, weil sonst in einem Maße Fremdenfeindlichkeit aufkomme, daß sie politisch nicht mehr zu steuern ist, so unabweisbar ist die Feststellung, daß die Probleme der Armutswanderung nicht durch Zuwanderung nach Deutschland oder in die anderen westlichen Industrieländer, sondern durch *Hilfe zur Selbsthilfe in den Herkunftsländern* gelöst werden. Die Meinung, alle Flüchtlinge, auch die politisch nicht verfolgten, die in den westlichen Industrieländern ein Aus- und Fortkommen suchen, müßten, da Benachteiligte, dort auch aufgenommen werden, ist unter karitativen Gesichtspunkten ehrenwert, aber politisch und moralisch falsch und im Blick auf die Entwicklung im Osten und im Süden geradezu kontraproduktiv.

Nicht wenige der Zuwanderer werden für den Wiederaufbau oder die Entwicklung in ihren Ursprungsländern dringend gebraucht. Allerdings wäre das Argument, Armutsprobleme seien mit Hilfe der Industrieländer nicht durch Zuwanderung in die Industrieländer, sondern dort zu lösen, wo sie mit und ohne Schuld der Industrieländer bestehen, plausibler, würden sich die Industrieländer – voran die EG – weniger protektionistisch abschotten und hätte man in Deutschland nicht lange eine Politik betrieben, die jeden Aussiedler als humanitären Gewinn und jeden Asylbewerber als nationale Belastung verbucht. Bei allen Verpflichtungen gegenüber Deutschen im Sinne des Art. 116 GG gilt der Grundsatz, die Lebens-

verhältnisse mit deutscher Hilfe und deutschem Druck so zu verbessern, daß sie in erster Linie dort eine Zukunft finden, wo sie bislang lebten, nicht nur für potentielle Armut- und politische Flüchtlinge aus dem Osten oder aus Ländern der Dritten Welt, sondern auch für deutsche Minderheiten in der Sowjetunion, in Rumänien und erst recht in Polen. *Hier hatte deutsche Menschenrechtspolitik immer eine ethnozentrische Schlagseite.* Im übrigen täte man gut daran, nicht über die gegenwärtigen Asylantenströme so sehr zu jammern, sie sind eine vergleichsweise noch bewältigbare Aufgabe. *Die zu erwartenden Wanderungsströme sind das Problem, nicht die gegenwärtigen.*

Politische Führung muß Marksteine setzen

Jenseits aller gerade wegen der Ereignisse der letzten Wochen notwendigen Unterscheidungen und Präzisierungen von Zusammenhängen politischer und gesellschaftlicher Art gilt aber: Wo Ausländerfeindlichkeit offen durchbricht, ist ihr mit rationalen Argumenten allein nicht beizukommen. Manches an Ablehnung und Vorbehalten gegen Ausländer erklärt sich aus Alltagsproblemen im Umgang mit ihnen: im Wohnbereich, aus der Konkurrenzsituation am Arbeitsplatz, aus dem Umgang mit ihren Kindern in den Schulen. Aber *wo Aversionen sich ein öffentliches Ventil schaffen, reichen die Gründe meist tiefer ins Vor- und Irrationale hinein.* Die Begegnung mit dem „Eigenen“ schafft Sicherheit, Beheimatung, kommt Identitätsbedürfnissen entgegen. Das Fremde bedeutet Infragestellung; es verunsichert, schafft Verlustängste. Man begegnet ihm gerne in der Fremde, im eigenen Hause birgt es Gefahren, erfordert zumindest Anpassung nicht nur für den Fremden, der zuwandert, sondern ebenso für den Einheimischen, der mit dem Fremden zu leben hat. *So sind unsere Mentalitäten, zumindest in unseren Breiten, noch beschaffen, aber schon nicht mehr unsere Kulturen.*

Das Ideal einer multikulturellen Gesellschaft, wenn es denn eines ist, liegt noch in weiter Ferne. Doch unsere Gemeinwesen wandeln sich, Europa wächst zusammen, die Welt drängt zusammen, die Völker vermischen sich, unsere Identitäten bedürfen der Überprüfung. Noch bevor die Staaten nachkommen, internationalisieren sich die Gesellschaften. Sehr „binnenländisch“ strukturierte Gesellschaften wie die deutsche – großräumig national, kaum ethnische Minderheiten, in seinen „Stämmen“ fest verwurzelt – tun sich mit solchen Verwandlungsprozessen besonders schwer. Es geht um eine politische Aufgabe, die eine ganze Generation ausfüllt. Sie erledigt sich nicht von heute auf morgen. Sie kann auch nicht durch Aufklärung allein geleistet werden. Sie bedarf politisch-geistiger Führung, die nicht nur willfährt, auch nicht bloß erklärt, sondern Marksteine setzt: Wir müssen nicht nur miteinander leben, wir können auch – uns gegenseitig bereichernd – miteinander leben, und nur so haben wir alle eine Zukunft.

David Seeber